

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/228

29. November 1976

Ein Strauß ist noch kein Weimar

-----  
Aber offensiver Widerstand aller Demokraten notwendig

Seite 1 / 23 Zeilen

Wegbereiter zur Politik der Vernunft

-----  
Dreifache Offensive der Sozialistischen Internationale

Seite 2 und 3 / 78 Zeilen

Übrig blieb ein handlungsunfähiger Torso

-----  
Die Junge Union nach ihrem Resignierkongreß von Offen-  
burg

Seite 4 / 32 Zeilen

"Brokdorf" - ein Exempel für falsches Staatsverständnis

-----  
Autoritäres Auftreten der CDU-Landesregierung verhin-  
derte sachliche Diskussion

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-  
Holstein und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Seite 5 und 6 / 98 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ekerl

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 409  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 2 80 38-39  
Telex: 36 96 949-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 86 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ein Strauß ist noch kein Weimar

Aber offensiver Widerstand aller Demokraten notwendig

Wie immer auch sich das Verhältnis zwischen der CDU und der CSU schließlich einpendeln wird: Ein Zurück vor die in ihrer Überfallartigen Hinterhältigkeit einmaligen CSU-Beschlüsse von Wildbad Kreuth wird es nicht mehr geben können. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob der in Kreuth von dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und seinem ihm geradezu auf den Charakter geschneiderten Intimidator Dr. Friedrich Zimmermann angesteuerte Fraktionsbruch weiter bestehen bleibt oder ob irgendein organisatorisches Feigenblatt gefunden wird, das doch noch eine Art Unions-Image wahren soll. Das Thema Union ist trotzdem abgeschlossen und die deutsche Politik und die deutsche Öffentlichkeit wird damit besorgt leben müssen.

Diese Besorgnis wird von einem immer aufmerksamer werdenden Ausland geteilt, das in düsteren Visionen die Bundesrepublik bereits auf dem Wege zu einem Vielparteienstaat mit all den Unsicherheitsfaktoren sieht, die in einigen westeuropäischen Staaten schon eine so gravierende Instabilitätsrolle spielen. Nun ist ein Strauß noch lange kein Weimar, aber der Start von Kreuth, der nicht aus übergeordneter staatspolitischer Verantwortlichkeit geboren worden war, sondern nichts anderes als den letzten verzweifelten Versuch zur Wiederzurückgewinnung einer rein partei-, wenn nicht sogar nur personalpolitisch bestimmten Macht bedeutet, kann das Fürchten lehren. Es wird die feste und unbeugsame Entschlossenheit aller Demokraten in der Bundesrepublik zum aktiven und offensiven Widerstand gegen den bereits in Sonthofen vorgeformten Ungeist von Kreuth verlangen und erfordern, damit Unheil von unserem Staat und seinen Menschen abgewendet wird. Die Zeit drängt.

(a/29.11.1976/bgy/e)

+ + +

Wegbereiter zur Politik der Vernunft

**Dreifache Offensive der Sozialistischen Internationale**

Nach dem Genfer Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI), auf dem der SPD-Vorsitzende Willy Brandt einstimmig zum Präsidenten gewählt wurde, ist nach einer dreitägigen Diskussion, an der sich die Vertreter von 36 sozialdemokratischen Parteien beteiligten, folgendes klar: Die Sozialistische Internationale wird unter Führung ihres neuen Präsidenten eine weltweite Offensive in drei Richtungen einleiten.

1/ Die der SI angeschlossenen Parteien verpflichten sich, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um Spannungen in der Welt abzubauen und dazu beizutragen, daß der Rüstungswettlauf durch intensive Förderung aller einer weltweiten Abrüstung dienenden Maßnahmen beendet wird, um auf diese Weise einen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten.

2/ Alle sozialdemokratischen Parteien werden in einer die ganze Welt umspannenden Aktion dafür eintreten, daß der Kampf gegen den Hunger in der Welt verstärkt wird. Hierbei wird den Industrienationen in West und Ost eine besondere Rolle zugewiesen. Willy Brandt begründete dieses Vorhaben der Sozialistischen Internationale mit den Worten: "Die reichen Nationen werden nicht reich bleiben, wenn die Armenhäuser der Menschheit wechsen. Es gibt auf lange Frist keine Insel der Privilegierung, keine Oasen des Glücks auf Kosten anderer. Die Offensive für den Frieden muß sich mit dem Kampf gegen die Weltnot verbinden; wir müssen sie mit auf unsere Schultern nehmen".

3/ Die Tatsache, daß in vielen Ländern der Welt Individuen und gesellschaftliche Gruppierungen wegen ihrer politischen Ansichten, ihrer Rasse, ihrer Religion oder wegen ihres Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht verfolgt, gefoltert und getötet werden, verpflichtet die Parteien der Sozialistischen Internationale zum ständigen Einsatz gegen alle jene Kräfte, die auf brutale Weise die Menschenrechte verletzen.

In der Genfer Diskussion spiegeln sich zwar alle Probleme der heutigen Weltpolitik wider, es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen, daß die Vertreter der einzelnen Parteien bei der Darstellung der ihrem Herkunftsland eigenen Probleme, die Komplexheit und internationale Verzahnung mit den Problemen anderer Länder außer acht gelassen hätten. Wohl kaum ein anderes Gremium wie das der Sozialistischen Internationale ist dazu geeignet, die Vielfalt und Kompliziertheit des internationalen Geschehens so deutlich zu machen. Hierbei wurde das Bemühen der sozialdemokratischen Parteien spürbar, den Ausgleich unter Berücksichtigung der Sorgen und Hoffnungen der anderen Partner der gleichen Gemeinschaft zu finden. Ob man über das Thema "neue Weltwirtschaftsordnung" diskutier-

te oder ob man Überlegungen darüber anstellte, welche Bedeutung die Schlußakte der Konferenz von Helsinki und die im kommenden Jahr in Belgrad stattfindende Folgekonferenz haben wird - alle die hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen wurden offen angesprochen, teilweise sogar kontrovers, aber immer wieder vom Geist der Solidarität und der im Prinzip übereinstimmenden Zielrichtung im Sinne der von Willy Brandt postulierten drei Offensivaufgaben.

Die Sozialistische Internationale ist keine "Kommandostelle", von der aus eine der ihr angeschlossenen Parteien "Anweisungen" zu empfangen hätte. Sie ist der freiwillige Zusammenschluß von demokratisch-sozialistischen Parteien, für die der Kampf um die Sicherung des Friedens und der Menschenrechte verpflichtend bleibt. Willy Brandt nannte die Sozialistische Internationale in Genf "das Bündnis zwischen Vernunft und Lebenswille, Moral und Selbstbehauptung, Barmherzigkeit und Eigenbestimmung". Und er fügte hinzu, daß dies alles zusammen erst die Menschlichkeit des Menschen ausmache.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist es von unschätzbarem Wert, daß der Vorsitzende der größten demokratischen Partei dieses Staates an die Spitze dieses internationalen Bündnisses der Vernunft berufen wurde, das die Sozialistische Internationale heute darstellt. Willy Brandt bringt für dieses hohe Amt die ganze Fülle seiner Erfahrungen in der internationalen Politik ein, das Vertrauen und Ansehen, das er in der ganzen Welt genießt.

Die Welt von heute lebt im Übergang, in Spannungen, Kompromissen, Konflikten und nicht zuletzt in der Verpflichtung zum Ausgleich. Wo immer Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten Einfluß auf das Geschehen nehmen können, werden sie es in der Gemeinschaft der Sozialistischen Internationale tun und hierbei darauf achten, daß ihre Aktivitäten dem Abbau von Spannungen nicht nur im militärischen, sondern auch im ökonomischen und gesellschaftspolitischen Sinne dienen. Um dies tun zu können, werden die Parteien der Sozialistischen Internationale ohne Illusionen an die Arbeit gehen. Sie treten nicht als "Weltverbesserer" auf, sondern sehen die Welt so kompliziert, wie sie ist.

Damit werden sie ihrer guten Tradition gerecht. Seit jeher hat sich die sozialistische Bewegung als ein Appell an das Denkvermögen der Menschheit gesehen. Seitdem klar ist, daß diese Probleme dieser Welt weder durch das Ausspielen von vermeintlichen Machtansprüchen noch durch das Auftrumpfen von Ideologien oder Dogmen gelöst werden können, bietet sich der demokratische Sozialismus als Wegbereiter zu einer Politik der Vernunft an.

Günter Markscheffel  
(-/29.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

### Übrig blieb ein handlungsunfähiger Torso

---

#### Die Junge Union nach ihrem Resignierkongreß von Offenburg

Die Junge Union hat resigniert. Nach einem Kongreß, der an Hilflosigkeit und Ratlosigkeit nicht zu überbieten war, steht Matthias Wissmann vor einem Verbund, der nur noch eines kleinen Schubses bedarf, um in Scherben zu zerfallen. Der "schwarze Freitag" von Kreuth stellte der auch früher nicht sonderlich homogenen Jungen Union dieselbe unlösbare Aufgabe, vor der die ganze Partei steht: Wie läßt sich die Einheit von CDU und CSU wahren?

Dem Offenburger Kongreß ist freilich zugute zu halten, daß er die mißliche Situation, in die er hineinmanövriert wurde, nicht verschuldete. Auch ein größeres Kaliber als der taktisch nicht unbegabte Wissmann hätte weder den aufgebrochenen Riß kitten noch eine saubere Trennung herbeiführen können. Die Junge Union Deutschlands ist nach den Beschlüssen von Kreuth ohne eigenes Verschulden ein handlungsunfähiger Torso.

Verständlich ist vor diesem Hintergrund auch, daß sich der Kongreß nur am Rande und ohne jede Effektivität mit Sachthemen beschäftigte. Die ohnehin nicht sonderlich theoriefreundlichen Delegierten zeigten sich gelähmt durch das politische Gift der bayerischen Separatisten, die auch in Offenburg erkennen ließen, daß sie zunächst Mitglieder der Strauß-Partei sind und erst an zweiter Stelle der Jungen Union angehören.

Die Zukunft des Verbandes wird ohne Frage davon abhängen, wie der Streit im Unions-Lager im Ganzen ausgehen wird. In Offenburg mußten die Delegierten lernen, daß es eine monströse Fehleinschätzung war zu glauben, mit einem "Klammerkongreß" ein Signal zur Wiederherstellung der Unions-Einheit setzen zu können. Die Junge Union, die Wert darauf legt, als Organisation von CDU und CSU unabhängig zu sein und eigene Positionen zu markieren, hat nicht die Kraft, dem Sog zu entgehen, der die Adenauersche Union in den Abgrund der Geschichte zieht. Die Mitglieder werden sich verstärkt dem widmen, was sie eigentlich schon immer als ihre Hauptaufgabe betrachtet haben: Politische Profilierung durch Wohlverhalten. Ob ihnen freilich der oft als Karrieristen-Katapult mißbrauchte Gesamtverband der Jungen Union noch lange zur Verfügung stehen wird, bleibt fraglich.

Anselm Bengeser  
(-/29.11.1976/vo/pr/ee)

+ + +

"Brokdorf" - ein Exempel für falsches Staatsverständnis

Autoritäres Auftreten der CDU-Landesregierung verhinderte  
sachliche Diskussion

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein  
und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Die aktuelle Diskussion über den Bau von Kernkraftwerken hat eine Problematik aufgezeigt, für die niemand eine Patentlösung bereithält. Eines wurde indessen klar: Es wird für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend sein, ob es uns im Rahmen einer bundesweiten, ja weltweiten Debatte gelingt, die nicht mehr aufschiebbare Suche nach dem Sinn und den Zielen unserer wirtschaftlichen Entwicklung unter Wahrung und Nutzung der demokratischen Freiheitsrechte zu bewältigen.

Keine Regierung hat das Recht, den Menschen eine Entwicklung ihrer Zukunft aufzuzwingen, die sie nicht wollen. Nach meinem Verständnis wäre es in dieser Situation deshalb Aufgabe des Staates gewesen, die Information der Bürger über Pro und Kontra zu leisten. Heute muß es darum gehen, die anstehenden Entscheidungsalternativen deutlich zu machen. Wer wie die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung im Falle Brokdorf die Bürger überrumpelt, läßt den Bürgern keine Alternative. Hier wird ein kaltes Staatsverständnis auf der Basis einer technokratischen Grundhaltung deutlich; ein Staatsverständnis, das den Staat als eine Art wertneutrales Verwaltungssystem betrachtet, das formale Rechtspositionen in den Rang absoluter Objektivität erhebt und ihnen die Bürgerinteressen unterordnet.

Dieses Staatsverständnis hat Tradition. Es ähnelt dem des Obrigkeitsstaates und mißtraut der Mitwirkung der Bürger zutiefst. Von hier bis zur Einstellung, daß staatlichem Handeln und staatlicher Bürokratie grundsätzlich ein sittlich höherer Rang als dem Bürger zukommt, ist es nicht weit.

Im Fall Brokdorf hat die CDU-Landesregierung des Dr. Stoltenberg gegen die Grundsätze eines demokratischen Staatsverständnisses verstoßen und eine technokratische Staatsauffassung praktiziert. Besonders kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang das souveräne Zusammenspiel von Elektrizitätsunternehmen und Landesregierung, die mit ihrer Methode der über Nacht durchgeführten generalstabmäßigen Besetzung des Baugeländes wie Verschwörer gehandelt haben. Spätestens hier muß der Bürger verbittert werden, denn er empfindet sich als ausmanöviertes Opfer von Industrieinteressen und Regierungshandeln.

Wie empfindet der Bürger dieses Vorgehen? In der ersten vorbereitenden Phase wird die Bevölkerung mit allerlei Versprechungen von demokratischen Verfahren in Sicherheit gewiegt, damit die zeitraubenden Vorbereitungen ungestört getroffen werden können. Die zweite Phase beginnt mit der präzisen und präventiven Besetzung des Bauplatzes, wobei die Staatsgewalt einschüchtern und einschüchtern soll. In der dritten Phase werden die protestierenden Bürger propagandistisch dadurch diskriminiert, daß die große Mehrheit friedlicher Demonstranten mit kleinen militanten Gruppen in einen Topf geworfen wird. Neben der pauschalen Behauptung von der radikalen Unterwanderung tritt dann noch der gezielt geschürte Konflikt Arbeitnehmer gegen Umweltschützer. Der Ministerpräsident und stellv. CDU-Vorsitzende mischt dabei kräftig mit und läßt bewußt im unklaren, wo der "ehrbare Umweltschützer" aufhört und der

"böse Radikale" anfängt. Und damit wird dann das politische Klima für den Irrsinn von Gewalt und Gegengewalt befördert.

Genützt hat das Ganze nur einer kleinen Handvoll militanter Anarchisten, die nichts zu bieten haben, als blinde Aggression und Gewalt. Diese Gewaltwendung verurteilen wir, aber gleichzeitig kritisieren wir auch das Verhalten der CDU-Landesregierung, die für den überzogenen Einsatz der Staatsgewalt politisch verantwortlich ist. Damit ist unnötig den Anarchisten das Feld bestellt worden. Statt Selbstkritik zu üben, schimpft die CDU-Landesregierung auf die Medien. Statt die demokratischen Parteien als Verbündete zu suchen, gab es Vorabinformationen für ausgesuchte Chefredakteure. Und wenn der Ministerpräsident sich beim Vorgehen in Brokdorf auf die Bundesregierung beruft, so ist das Krampf. Denn die sozialliberale Bundesregierung deckt in keiner Weise die Art und Weise des Vorgehens der CDU-Landesregierung. Im Gegenteil: Mit Brokdorf hat die CDU-Landesregierung den Bemühungen der Bundesregierung um eine friedliche Nutzung der Kernenergie und einer sachlichen Diskussion darüber tiefen und bleibenden Schaden zugefügt. Außerdem ist viel Vertrauen der Bürger in den demokratischen Rechtsstaat zerstört worden.

Die Polizei wurde von der CDU-Landesregierung in eine Situation gedrängt, in der sie die Prügel für deren politische Fehler einzustecken und auszuteilen hatte. Dem Ansehen der Polizei ist damit Schaden zugefügt worden. Die Polizei muß vor solcher Inanspruchnahme in Schutz genommen werden. Solche politisch verursachten Belastungen sollten unseren Polizeibeamten in ihrem schwierigen Dienst erspart bleiben. Aber bei aller Verantwortlichkeit der CDU-Landesregierung muß sich auch die Polizei, wie jedes staatliche Organ, Kritik im Einzelfall gefallen lassen.

Brokdorf berührt auch Grundsätze des Rechtsstaats. Zu diesen gehört die aufschiebende Wirkung von Rechtmitteln gegen behördliche Anordnungen. Bei einem Großvorhaben wie dem Bau des Kernkraftwerks Brokdorf werden aber durch den Sofortvollzug Tatsachen geschaffen, die die betroffenen Bürger am Rechtsstaat resignieren lassen müssen. Dadurch daß die CDU-Landesregierung selbst und die Nordwestdeutschen Kraftwerke mit deren Zustimmung bereits umfangreiche, jahrelange Planungen und Vorausinvestitionen in Millionenhöhe in die Vorbereitung des Kernkraftwerkes stecken konnten, ist eine ergebnisoffene rechtliche Überprüfung stark erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden. Diese Geldmengen werden wiegen, wenn ein Gericht über Klagen zu befinden hat. Solche Politik der vollendeten Tatsachen und einbetonierten Millionen, die den Rechtsstaat erst ausnützt und dann ohnmächtig macht, ist es, was die Bürger zusätzlich verbittert und auf den Plan ruft. Die durch die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit geschaffene formale Rechtsposition ist eine zu dünne Decke, um eine generalstabemäßige Besetzung zu rechtfertigen.

Die Diskussion um die Kernenergie ist damit völlig unnötig emotionalisiert worden. Wer die Staatsmacht mobilisiert, um "Fortschritt" zu schützen, der macht "Fortschritte" und "Staatsmacht" gleichermaßen suspekt. Dieses praktizierte Staats- und Demokratieverständnis der CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein kann dazu führen, daß die Bürger, die sich von einer undurchschaubaren und undurchdringlichen Bürokratie übergeben und um ihr Mitspracherecht gebracht fühlen, in eine neue außerparlamentarische Opposition getrieben werden.

Brokdorf ist das erschreckende Symbol für ein technokratisches Staatsverständnis und für falsches Regierungshandeln. Brokdorf ist deshalb mehr als nur ein lokales Ereignis. Wegen dieser exemplarischen Bedeutung, und weil es wichtig ist, daß die Bürger Vertrauen in staatliches Handeln zurückgewinnen, fordern wir die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung auf, den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf sofort einstellen zu lassen. Was jetzt nötig ist, das ist der offene Dialog mit dem Bürger, damit Beruhigung eintritt und der Irrsinn von Gewalt und Gegengewalt endlich ein Ende findet.

(-/29.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller